

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 26 | 29.06.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 132/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (**1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2018**)

[BGBl III 100/2018 \(Anlage 1\)](#)

Administratives und Technisches Durchführungsübereinkommen zum Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die **Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung** von die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden **Verkehrsdelikten**

[BGBl III 101/2018 \(Anlage 1\)](#)

Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die **Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung** von die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden **Verkehrsdelikten**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 162 v 27.06.2018, 1](#)

Richtlinie (EU) 2018/912 des Rates vom 22. Juni 2018 zur **Änderung der Richtlinie 2006/112/EG** über das **gemeinsame Mehrwertsteuersystem** in Bezug auf die **Verpflichtung**, einen **Mindestnormalsatz einzuhalten**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2018, [V 3/2018](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer **Fußgängerzonenverordnung** in Tirol wegen gesetzwidriger Kundmachung; Text der Zusatztafeln nicht dem Verordnungstext entsprechend

11.06.2018, [V 10/2018](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit eines **Halte- und Parkverbots** in Hall in Tirol wegen gesetzwidriger Kundmachung; Text der Zusatztafel nicht dem Verordnungstext entsprechend

11.06.2018, [E 2776/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen der sunnitischen Religionsgemeinschaft zugehörigen irakischen Staatsangehörigen mangels hinreichender Auseinandersetzung mit der Frage einer innerstaatlichen Fluchtalternative und der Möglichkeit der Existenzsicherung nach seiner Rückkehr in den Irak; Ablehnung der Beschwerdebehandlung hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus

11.06.2018, [E 4317/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen der sunnitischen Religionsgemeinschaft zugehörigen irakischen Staatsangehörigen mangels hinreichender Auseinandersetzung mit der Frage einer innerstaatlichen Fluchtalternative und der Möglichkeit der Existenzsicherung nach seiner Rückkehr in den Irak; Ablehnung der Beschwerdebehandlung hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus

11.06.2018, [E 343/2018 ua](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsgG; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Abweisung des Antrags auf einen Aufenthaltstitel „Familienangehöriger“ aufgrund **Außerachtlassung der Beziehung** der Erstbeschwerdeführerin zu ihrem – über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügenden – Kind

11.06.2018, [E 435/2018](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz eines nigerianischen Staatsangehörigen und Anordnung der **Außerlandesbringung**; unzulässige Verneinung eines Familienlebens zwischen dem bei Pflegeeltern lebenden Sohn und seinem leiblichen Vater

11.06.2018, [E 1295/2018](#)

Landeslehrer-DienstrechtsG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch **Verneinung der Parteistellung** eines Direktors im Verfahren zur Verleihung einer Leiterstelle; Parteistellung der in einen verbindlichen Besetzungsvorschlag aufgenommenen Bewerber; keine Auseinandersetzung mit den Qualifikationen der Bewerber und den der Entscheidung zugrunde liegenden Gutachten

11.06.2018, [E 1815/2018](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen – der Volksgruppe der schiitischen Hazara angehörigen – unbegleiteten minderjährigen Staatsangehörigen von Afghanistan mangels Berücksichtigung einschlägiger Länderberichte und mangels gebotener konkreter Auseinandersetzung mit der Sicherheits- und Versorgungslage von Minderjährigen im Herkunftsland; Ablehnung der Beschwerde hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Asylstatus

14.06.2018, [G 29/2018 ua](#)

Wr VerwaltungsgerichtsG; Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des Gesetzes über das VwG Wien betreffend die **Zusammensetzung des Disziplinarausschusses**; Zusammensetzung entscheidender Senate für die Disziplinarbehandlung eines Richters von Vollversammlung oder einem aus ihrer Mitte zu wählenden Ausschuss verfassungsrechtlich vorgegeben

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

03.05.2018, [Ra 2018/19/0010](#)

AsylG; B-VG; nach § 22 Abs 10 dritter und vierter Satz AsylG sind die Verwaltungsakten nach Erlassung eines Bescheids über die **Aberkennung des faktischen Abschiebeschutzes** unverzüglich dem BVwG zur Überprüfung zu übermitteln; diese Übermittlung gilt als **Beschwerde an das BVwG**; dem einfachen Gesetzgeber dürfte es nicht frei stehen, ein Verwaltungshandeln von Gesetzes wegen zur „Beschwerde“ an das VwG zu erklären – amtswegiges Tätigwerden des VwG; mit dem normierten Vorgehen der Behörde strebt sie allein die Bestätigung der Rechtmäßigkeit des behördlichen Vorgehens durch das VwG an, was zur Schaffung einer erstinstanzlichen Zuständigkeit des VwG führt, insbesondere weil es denkunmöglich ist, dass jener Bescheid, mit dem der faktische Abschiebeschutz aberkannt wurde jemals in Rechtskraft erwachsen kann, da er immer als in Beschwerde gezogen gilt; somit stellt die Regelung des AsylG einen Verstoß gegen Art 130 B-VG dar

29.05.2018, [Ro 2016/06/0010](#)

Sbg Raumordnungsg; die hg Judikatur, wonach Nachbarn das Nichtvorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer **raumordnungsrechtlichen Einzelbewilligung** im Baubewilligungsverfahren geltend machen können, muss auch für die Abänderung **widmungswidriger Bestandsbauten** gelten, weil es aus Sicht der Nachbarn keinen Unterschied macht, ob für die Zulässigkeit der baulichen Maßnahme eine Einzelbewilligung nach § 46 Abs 3 Sbg Raumordnungsg erforderlich ist oder ob diese Maßnahme unmittelbar auf Grund des Gesetzes (§ 47 leg cit) bewilligt werden kann; daher kann ein Nachbar eine allfällige Überschreitung der Geschoßflächenobergrenze nicht nur dann geltend machen, wenn die beabsichtigte bauliche Maßnahme neben einer Vergrößerung des bestehenden Baus auch eine Änderung des Verwendungszwecks umfasst und daher einer Einzelbewilligung bedarf, sondern auch bei bloßen Vergrößerungen widmungswidriger Bestandsbauten

30.05.2018, [Ra 2018/09/0010](#)

VStG; VwGG; die hg Rsp räumt dem Beschuldigten ein Recht darauf ein, dass im Spruch die richtige und **nur die richtige verletzte Verwaltungsvorschrift** aufscheint; gleiches gilt für die Anführung der Strafnorm nach § 44a Z 3 VStG, darunter ist jene Verwaltungsvorschrift zu verstehen, die bei der Festlegung des Strafmittels und des Strafausmaßes heranzuziehen ist; die Berufungsbehörde bzw nunmehr das VwG hat insoweit, als der Spruch des erstinstanzlichen Bescheids unvollständig ist, dies in seinem Abspruch zu ergänzen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 18.05.2018, [W104 2108274-1](#)

Bundesstraßen-LärmimmissionsschutzVO; bei der Beurteilung **vorhabensbedingter Immissionserhöhungen aus Bundesstraßenvorhaben** sind nur Straßenverkehrslärm und aus dem Vorhaben resultierender Baulärm zu berücksichtigen, und zwar für die Berechnung der Zusatz- und der Gesamtbelastung; dies ergibt sich aus § 6 Abs 1, 2 und 3 Bundesstraßen-LärmimmissionsschutzVO, wo auf Immissionserhöhungen aus dem Straßenverkehr bzw auf unzumutbare Belästigungen und Gesundheitsgefährdungen durch Straßenverkehrslärm abgestellt wird; in Zusammenschau mit den in § 7 leg cit genannten Berechnungsgrundlagen, die nur auf Straßenverkehrslärm abstellen, hat dies zur Konsequenz, dass andere Lärmquellen keine Berücksichtigung finden; ein Abgehen von den in der VO festgelegten Grundsätzen ist nicht geboten

LVwG Tir 14.06.2018, [LVwG-2018/37/0060-13](#)

Tir NaturschutzG; bei der Auslegung des Tatbestands des § 11 Abs 2 lit a Tir NaturschutzG ist entscheidend, dass „**lärmeregende Betriebe**“ nach der zitierten Bestimmung mit der Eigenschaft eines Ruhegebiets schlechthin unvereinbar sind und folglich der Landesgesetzgeber die Möglichkeit der Erteilung einer Bewilligung nicht vorgesehen hat – unabhängig davon, ob dadurch Nachbarn unzumutbar belästigt werden; entscheidend für die Auslegung des Begriffs „lärmeregend“ sind daher das Ausmaß und die Dauer der Emissionen; zu berücksichtigen ist aber auch, ob zwischen den Emissionen und dem Zweck des Ruhegebiets allenfalls ein „Zusammenhang“ besteht; so lässt sich etwa aus § 11 Abs 2 lit e leg cit ableiten, dass Gastgewerbebetriebe und damit auch der mit ihnen verbundene Lärm als mit den Schutzziele von Ruhegebieten vereinbar angesehen werden

LVwG Vbg 08.06.2018, [LVwG-308-1/2018-R9](#)

Vbg GemeindebedienstetenG; bei der Auslegung des **Begriffs des „monatlichen Gesamteinkommens“**, welcher in § 82 Abs 1 Vbg GemeindebedienstetenG verwendet wird, ist auf die Bestimmung des § 26 Abs 4 lit a PensionsG zurückzugreifen; demnach gelten Sonderzahlungen, die neben den Ruhe- oder Versorgungsbezügen gebühren, nicht als Einkünfte, welche bei der Ermittlung des monatlichen Gesamteinkommens einberechnet werden dürfen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.06.2018, Rs C-451/16, MB \(\) und pension de retraite](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 79/7 – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit** – Staatliches nationales Rentenversicherungssystem – **Voraussetzungen** für die **Anerkennung der Geschlechtsumwandlung** – Nationale Regelung, die diese Anerkennung davon abhängig macht, dass eine vor der Geschlechtsumwandlung geschlossene Ehe für ungültig erklärt wird – Weigerung einer Person, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterzogen hat, eine staatliche Ruhestandsrente ab dem Rentenalter für Personen des erworbenen Geschlechts zu gewähren – **Unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts**

[27.06.2018, Rs C-90/17, Turbogás](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – **Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom** – Art 21 Abs 5 Unterabs 3 – Einheit, die elektrischen Strom zur eigenen Verwendung erzeugt – **Kleine Stromerzeuger** – Art 14 Abs 1 Buchst a – Zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendete Energieerzeugnisse – **Verpflichtung zur Steuerbefreiung**

[27.06.2018, Rs C-230/17, Altiner und Ravn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 Abs 1 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – **Recht eines drittstaatsangehörigen Familienangehörigen eines Unionsbürgers, sich in dem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit dieser Unionsbürger besitzt, aufzuhalten** – Einreise dieses Familienangehörigen in das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats, die nach der Rückkehr des Unionsbürgers in diesen Mitgliedstaat erfolgt

[27.06.2018, Rs C-246/17, Diallo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Richtlinie 2004/38/EG – Art 10 Abs 1 – **Antrag auf Ausstellung einer Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers** – Ausstellung – Frist – Erlass und Bekanntgabe der Entscheidung – **Folgen der Nichteinhaltung der Sechsmonatsfrist** – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Effektivitätsgrundsatz

[27.06.2018, Rs C-364/17, Varna Holideis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Vor dem Beitritt der Republik Bulgarien zur Europäischen Union bewirkte Lieferung einer Immobilie – Nach dem Beitritt festgestellte Nichtigkeit des Kaufvertrags – **Verpflichtung zur Berichtigung des ursprünglichen Vorsteuerabzugs** – Auslegung – Zuständigkeit des Gerichtshofs

[27.06.2018, verb Rs C-459/17 und C-460/17, SGI](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Recht auf Vorsteuerabzug – **Materielle Voraussetzungen für das Recht auf Vorsteuerabzug** – **Tatsächliche Lieferung der Gegenstände**

[28.06.2018, Rs C-203/16 P, Andres \(faillite Heitkamp BauHolding\) / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Deutsche steuerrechtliche **Bestimmungen über die Möglichkeit eines Verlustvortrags auf künftige Steuerjahre** („Sanierungsklausel“) – **Beschluss**, mit dem die **Beihilferegelung für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird** – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Individuell betroffene Person – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff der staatlichen Beihilfe – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bestimmung des Referenzsystems – **Rechtliche Qualifizierung der Tatsachen**

[28.06.2018, Rs C-208/16 P und Rs C-209/16 P, Deutschland / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Deutsche steuerrechtliche **Bestimmungen über die Möglichkeit eines Verlustvortrags auf künftige Steuerjahre** („Sanierungsklausel“) – **Beschluss**, mit dem die **Beihilferegelung für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird** – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Individuell betroffene Person – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff der staatlichen Beihilfe – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bestimmung des Referenzsystems – **Rechtliche Qualifizierung der Tatsachen**

[28.06.2018, Rs C-219/16 P, Lowell Financial Services / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Deutsche steuerrechtliche **Bestimmungen über die Möglichkeit eines Verlustvortrags auf künftige Steuerjahre** („Sanierungsklausel“) – **Beschluss**, mit dem die **Beihilferegelung für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird** – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Individuell betroffene Person – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff der staatlichen Beihilfe – Tatbestandsmerkmal der Selektivität – Bestimmung des Referenzsystems – **Rechtliche Qualifizierung der Tatsachen**

[28.06.2018, Rs C-564/16 P, EUIPO / Puma](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 5 – Art 76 – Widerspruchsverfahren – **Relative Eintragungshindernisse** – Verordnung (EG) Nr 2868/95 – Regel 19 – Regel 50 Abs 1 – **Vorliegen von früheren Entscheidungen** des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), **mit denen die Bekanntheit der älteren Marke anerkannt worden war** – Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung – **Berücksichtigung dieser Entscheidungen in späteren Widerspruchsverfahren** – Begründungspflicht – Verfahrensrechtliche Pflichten der Beschwerdekammern des EUIPO

[28.06.2018, Rs C-635/16 P, Spliethoff's Bevrachtingskantoor / Kommission](#)

Rechtsmittel – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Bestimmung des Gegenstands der Klage – **Finanzielle Unterstützung im Bereich der Fazilität ‚Connecting Europe‘ (CEF)** – Bereich Verkehr für den Zeitraum 2014–2020 – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) – **Schreiben, mit dem die Klägerin über die Ablehnung ihres Vorschlags unterrichtet wird** – Späterer Beschluss der Europäischen Kommission zur Festlegung der Liste der ausgewählten Vorschläge – **Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz**

[28.06.2018, Rs C-2/17, Crespo Rey](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit – **Soziale Sicherheit der Wandererwerbstätigen** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Anhang XI, Abschnitt „Spanien“, Nr 2 – **Altersrente** – Berechnungsmethode – Theoretischer Betrag – Maßgebliche Beitragsgrundlage – Sondervereinbarung – **Wahl der Beitragsgrundlage** – Nationale Regelung, nach der der Arbeitnehmer Beiträge gemäß der Mindestbeitragsgrundlage zu leisten hat

[28.06.2018, Rs C-57/17, Checa Honrado](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Richtlinie 2008/94/EG – Art 3 Abs 1 – Sicherstellung der Zahlung durch die Garantieeinrichtung – Abfindung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Verlegung des Arbeitsorts, die einen Wohnsitzwechsel des Arbeitnehmers erforderlich macht – **Änderung eines wesentlichen Bestandteils des Arbeitsvertrags** – Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer – Gleichheitssatz und Diskriminierungsverbot

[28.06.2018, Rs C-512/17, HR](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 8 Abs 1 – **Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes – Säugling – Für die Bestimmung des Ortes des gewöhnlichen Aufenthalts ausschlaggebende Umstände**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[26.06.2018, Rs C-546/16, Montte \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Offenes Verfahren – **Zuschlagskriterien – Phasenweise Bewertung von Angeboten** – Mindestpunktzahl

[26.06.2018, Rs C-384/17, Link Logistik N&N \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Beförderung auf dem Straßenweg – **Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge** – Richtlinie 1999/62/EG – Art 9a – Erfordernis der Verhältnismäßigkeit von Sanktionen – Konforme Auslegung – Unmittelbare Wirkung – Folgen für nationale Gerichte und Verwaltungsbehörden – **Befugnis zur Festsetzung einer milderer Sanktion bis zum Erlass gesetzgeberischer Maßnahmen**

[26.06.2018, Rs C-419/17 P, Deza/ ECHA \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – **Feststellung einer Liste der zulassungspflichtigen Stoffe** – Eintragung in die Liste der für eine Aufnahme in Anhang XIV in Frage kommenden Stoffe – Aktualisierung der Eintragung des Stoffes Di-(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP) in die Liste – **Angeblich fehlerhafte Auslegung und Anwendung der Verordnung (EG) Nr 1907/2006** sowie des **Grundsatzes der Rechtssicherheit**

[27.06.2018, Rs C-219/17, Berlusconi und Fininvest \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Aufsicht über Kreditinstitute** – Einheitlicher Aufsichtsmechanismus – Erwerb einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut – Mehrphasige Verwaltungsverfahren der Union – **Gerichtliche Überprüfung mehrphasiger Verwaltungsverfahren** – Für eine Klage gegen Maßnahmen einer nationalen Behörde zuständiges Gericht – Grundsatz der Rechtskraft

[28.06.2018, Rs C-147/17, Sindicatul Familia Constanta ua \(GA Wahl\)](#)

Ersuchen um Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/88/EG – **Arbeitszeit** – Anwendungsbereich – **Begriff des Arbeitnehmers – Pflegeeltern** – Ausschluss

[28.06.2018, Rs C-296/17, Wiemer & Trachte \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Insolvenzverfahren – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 3 Abs 1 – Internationale Zuständigkeit – Art 21 – Öffentliche Bekanntmachung – Art 24 – **Keine Eröffnung des Insolvenzverfahrens** – Leistung an den Schuldner – **Vermutung fehlender Kenntnis** – Anfechtungsklage

[28.06.2018, Rs C-330/17, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Verordnung (EG) Nr 1008/2008 – Gemeinsame Vorschriften für die **Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Union** – Art 2 Nr 18 und Art 23 Abs 1 – Information – Erfordernis der Angabe der Flugpreise ‚in Euro oder in Landeswährung‘ – **Eventuelle Verpflichtung zur Angabe dieser Preise in einer bestimmten Landeswährung** – Gegebenenfalls relevante **Kriterien für die Bestimmung dieser Währung**

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

28.06.2018, Beschwerde Nr [1828/06](#) ua, *G.I.E.M. S.r.l. ua / Italien* (GK)

Verletzung von **Art 7 EMRK** (keine Strafe ohne Gesetz), **Art 1 1. ZPEMRK** (Eigentumsfreiheit) und **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Konfiskation** von Grundstücken der Bf wegen der rechtswidrigen Grundstückserschließung; Verurteilung der Bf ohne ausreichende gesetzliche Grundlage; Konfiskationsmaßnahmen wurden auf Personen angewandt, die nicht am Verfahren beteiligt waren; **Verletzung** von **Art 7 EMRK**; Unverhältnismäßigkeit der Konfiskationsmaßnahmen; Verletzung von **Art 1 1. ZPEMRK**; gegenüber einem Bf wurde der Grundsatz der Unschuldsvermutung nicht gewahrt; **Verletzung** von **Art 6 Abs 2 EMRK**

28.06.2018, Beschwerde Nr [60798/10](#) und [65599/10](#), *M.L. und W.W. / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Verurteilung** der Bf wegen Mordes an einem Schauspieler im Jahr 1990; Medienhäuser müssen auch Jahre nach dem Mord die Namen der Bf nicht aus ihren Internetarchiven löschen; Medien haben die Aufgabe, sich an der **Meinungsbildung** zu beteiligen; des Weiteren haben die Bf im Jahr 2004 die Medien um Berichterstattung in eigener Sache gebeten; **keine Verletzung** von **Art 8 EMRK**

28.06.2018, Beschwerde Nr [59142/16](#), *Lazaridou / Griechenland*

Keine Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); Teilnahme der Bf an einer **Demonstration** gegen die von der Regierung verhängten Sparmaßnahmen; die Bf erlitt schwere **Schnittverletzungen**, weil Polizeibeamte beim Betreten eines Gebäudes angeblich die Glastüren aufbrachen; es wurden alle verfügbaren Schritte zur Klärung des Vorfalles von den nationalen Gerichte unternommen; kein Hinweis, dass die nationalen Gerichte nicht unparteilich und unabhängig handelten; **keine Verletzung** von **Art 3 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.